Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

137 (22.3.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 137 | **77. Jahrgang.** | **Karlsruhe, Freitag, 22. März 1918** | **77. Jahrgang.** | **Mittagsblatt.**

Verschärfte Artilleriekämpfe an der Westfront.

Vorstöße deutscher Truppen in englische Stellungen. — Beschießung von Dünkirchen durch deutsche Seestreitkräfte. — Englisch-amerikanische Friedensbereitschaft?

Deutscher Abendbericht.

Verschärfte Artilleriekämpfe im Westen. — Deutsche Truppen in englische Stellungen eingedrungen.

WB. Berlin, 21. März, abends. (Amtlich). In Belgisch- und Französisch-Flandern, nördlich von Reims, in der Champagne, vor Verdun und in Lothringen haben sich die Artilleriekämpfe verschärft.

Zwischen Cambrai und La Fere sind wir in Teile der englischen Stellung eingedrungen.

Erfolgreiche Beschießung von Dünkirchen durch deutsche Torpedoboote.

WTB. Berlin, 21. März. (Amtlich.) Torpedobootsstreitkräfte Flanderns haben am 21. März früh in drei Gruppen die Festung Dünkirchen sowie militärische Anlagen Bei Bray-Dunes und la Panne nachhaltig unter Feuer genommen. Die Aufschläge lagen überall gut. In dem umfangreichen Barackenlager bei de Panne, das mit 800 Schuß belegt wurde, brachen zwei große Brände aus. Die Küstenbatterien erwiderten das Feuer lebhaft, aber ergebnislos.

Auf dem Rückmarsch kam es zu einem Feuergefecht mit einigen feindlichen Zerstörern, die sich jedoch zurückzogen, nachdem sie mehrere Treffer erhalten hatten. Die am Vorstoß beteiligten Streitkräfte sind ohne Beschädigung und Verluste eingelaufen.

Zwei unserer kleinen Vorpostenboote sind heute nacht von einer Fahrt westlich Ostende nicht zurückgekehrt und müssen als vermißt gelten.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. Wien, 21. März. Amtlich wird verlautbart:

Oesterreichisch-ungarische Artillerie hat auf dem westlichen Kriegsschauplatz in dem Kampf gegen die Franzosen und Engländer eingegriffen.

In Venetien lebte die Gefechtstätigkeit mehrfach beträchtlich auf.

Der Chef des Generalstabs.

Vor der Offensive.

WTB. Berlin, 21. März. An der Westfront wurden vom 1. bis 20. März 2600 Mann, darunter über 70 Offiziere und zwei Bataillonsstäbe, gefangen genommen Nach bisherigen Meldungen sind 102 Flugzeuge und 21 Fesselballone der Gegner abgeschossen worden, 40 Maschinengewehre und 20 Schnelladegewehre wurden erbeutet.

Ein amerikanisch-englischer Friedensfühler.

() Berlin, 21. März. Aus Newyork wird laut „Tägl. Rundschau" gemeldet: Der amerikanische Senat hat den Präsidenten Wilson eingeladen, die Frage nochmals zu prüfen, ob sich die Verhältnisse in Europa nicht zugunsten eines raschen Friedensschlusses gewendet hätten. Präsident Wilson habe erklärt, er sei auch von England zu diesem Schritte veranlaßt worden. England überlasse Amerika die Freiheit der Entscheidung in dieser Frage. Zum Zwecke einer gründlichen Information habe der Präsident Wilson ein Mitglied der Regierung, zwei Senatoren und den Oberst House eingeladen, sich unverzüglich nach Paris zu begeben.

* * *

Nachdem Deutschland im Verlaufe des letzten Kriegsjahres mehr als einmal seine Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden mit den Westmächten betont hatte, kommt jetzt, gerade in dem Augenblick, in dem die Offensive der Mittelmächte an der Westfront losbrechen soll, dieser Friedensfühler Englands und der Vereinigten Staaten. Er muß bei uns mit der allergrößten Vorsicht und Zurückhaltung aufgenommen werden. Denn der Gedanken liegt zum Greifen nahe, daß die beiden angelsächsischen Völker, die bis jetzt jedes Friedensanerbieten mit Hohn und unter den gemeinsten Beschimpfungen Deutschlands zurückgewiesen haben, durch ihre so plötzlich entdeckte Bereitwilligkeit zum Frieden nur den gefürchteten deutschen Generalangriff hinausziehen und dadurch Zeit gewinnen wollen für die Fertigstellung ihrer Abwehrmaßnahmen in Frankreich, die durch den U-Bootkrieg ganz erheblich verzögert worden sind. Dieser britisch-amerikanische Schachzug ist aber um einige Tage zu spät gekommen; denn, wenn nicht alle Zeichen trügen, ist die große Entscheidungsschlacht seit gestern schon im Gange, und dann wird kein schwacher englisch-amerikanischer Friedensfühler mehr den Eisenhagel unserer Geschütze und den Sturmangriff unserer Feldgrauen aufhalten können.

Die Japaner in Sibirien.

);(Berlin, 22. März. Der „Berliner Lokalanz." berichtet aus Genf: Nach einer Meldung des „Temps" sei auf den Kuhara-Gruben in Blagowestschensk die japanische Flagge gehißt worden.

Was gewinnt Mitteleuropa durch den Ostfrieden?

In der „Züricher Post" beschäftigte sich dieser Tage Dr. O. Z. mit der Bedeutung, die der im Osten geschlossene Friede für die Weltwirtschaft hat. Er führte aus: Der Friedensschluß im Osten hat auch für die größten Probleme des Weltverkehrs eine vorläufige Lösung gebracht. Als am 11. März 1917 die Engländer Bagdad besetzten, da erschien das größte Projekt einer deutschen Bagdadbahn, die den Verkehr Europa—Persischer Golf aufnehmen sollte, als gescheitert. Im Friedensschluß von Brest-Litowsk haben sich die Russen verpflichten müssen, die Plätze Ardahan, Kars und Batum, die sie laut Vertrag von 1878 den Türken abgenommen haben, frei zu geben. Der Hafen von Batum wird als der beste an der Küste des Schwarzen Meeres bezeichnet. Die Ueberlassung dieses Hafenplatzes an die Mittelmächte erscheint aber erst dann in ihrer vollen Bedeutung, wenn man sie im Zusammenhang bringt mit den Beschlüssen, die soeben zwischen den Kriegführenden im östlichen Europa in Betreff der Donau-Schiffahrt getroffen worden sind. Ja man muß, um die Tragweite dieser Veränderungen voll auszuschöpfen, auch auf die Pläne zurückgehen, die für die Verbindung der Rhein-Schiffahrt mit dem Donau-Verkehr aufgestellt worden und heute bis nahe zur Ausführung gediehen sind.

Mit den Vertragsbestimmungen, die Rußland und Finnland hinsichtlich der Aalands-Inseln auferlegt worden sind, werden Frankreich und England ihres bisherigen Mitsprecherrechtes in der Ostsee beraubt. Aehnliches geschieht zur Zeit auch bezüglich des Verkehrs auf der Donau. Es sind nur noch die Mächte Deutschlands, Oesterreich-Ungarn und Bulgarien, die für die Gestaltung der Verkehrsverhältnisse auf der Donau-Wasserstraße das entscheidende Wort zu sprechen haben. Rußland, Frankreich, Großbritanien und Italien sind ausgeschaltet. So vollzieht sich in der europäischen Levante vor unsern Augen genau der gleiche Vorgang, wie an der Ostsee: Alle diejenigen Mächte, die nicht direkt Anliegerstaaten sind, gehen des bisherigen Mitspracherechtes verlustig, und das wichtige Verkehrsproblem soll in Zukunft ausschließlich als eine Sache der Uferstaaten gelten.

So stehen wir also am Ende der vor etwas mehr als 60 Jahren eingesetzten Donau-Kommission, der im Jahre 1883 noch eine sogenannte „gemischte Kommission" beigegeben worden ist. Ihre Obliegenheit war die Aufsicht über die Ausführung des Schiffahrtsreglementes für die Strecke vom Eisernen Tor bis nach Braila, vom 10 März 1883. Die gemischte Kommission wird wohl auch in Zukunft bestehen, aber in einer etwas veränderten Organisation und mit neuen Befugnissen. Bisher war die Donau-Schiffahrt neutralisiert. Es verlautet, daß die Neutralisation nunmehr aufgehoben werden soll.

Löscht die Fackel des Krieges durch die achte Kriegsanleihe!

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(62) (Nachdruck verboten.)

„Beim Herrn Grafen Westenfeld war ich. Dort hatte ich auch gleich Gelegenheit, mich von Fräulein Ursula zu verabschieden. Und Gräfin Sanna nimmt das Grab meiner Frau in treue Pflege! Sie wissen jedenfalls, gnädiges Fräulein, daß die kleine Gräfin und mein Schwager —"

„Ja, Herr Doktor, ich habe es längst geahnt, und ich freue mich herzlich, daß die beiden sich gefunden!"

„Meine gehorsamen Empfehlungen der Frau Geheimrätin! Den Herrn Geheimrat werde ich noch drüben in der Fabrik aufsuchen! Heute nachmittag trifft Herr Doktor Hager ein, und in Fräulein Kühne hat er eine getreue Helferin! So kann ich beruhigt von dem mir so lieb gewordenen Wirkungskreise scheiden — allerdings anders, als ich anfänglich geglaubt!"

„Ich verlasse mich darauf, daß Sie ihr Versprechen nicht vergessen, Herr Doktor," sagte sie mit zitternder Stimme.

„Gewiß, Fräulein Vermehren. Halten Sie sich für jeden Tag bereit, einem telegraphischem Ruf sofort folgen zu können! — — Und nun: das Beste für unser Vaterland! Damit will ich scheiden," er verneigte sich und sie streckte ihm die Hand entgegen, die er mit festem Druck umschloß. Ach, wie wohl geborgen lag ihre Hand in der seinen. Dann fühlte sie wieder leise und zart seine Lippen darauf.

Ein letzter Blick, und er schritt der Tür zu.

Sie stand regungslos mit vorgeneigtem Oberkörper, die Hand um die Stuhllehne gepreßt, und mit verzweiflungsvollem Blick folgten ihre Augen der hohen Männergestalt.

Da wandte er sich um, noch ehe er die Tür erreicht hatte. War es nicht, als klang sein Name in schmerzdurchzittertem Ton durch den Raum —?

„Alfred —"

Wie ein Hauch war er gefallen und dennoch deutlich vernehmbar —

Fragend, in ungläubigem Staunen, sah er sie an. Die Purpurglut auf ihrem Gesicht, die mit einer jähen Blässe wechselte, verriet ihm, daß er keiner Sinnestäuschung erlegen war. Dann stand er schon wieder neben ihr, faßte nach ihrer Hand —

„Astrid —?"

Seine Nähe ließ sie erbeben. In hingebender Liebe blickten ihre Augen ihn an; ihre Lippen blühten ihm entgegen — und dann hatte er doch vergessen, was er sich gelobt — — Astrid Vermehren lag an seiner Brust, und sein Mund ruhte in heißem Kusse auf dem ihren, nach dem das Verlangen ihn so oft übermächtig gepackt hatte.

Hatte er sich genommen — oder hatte sie gegeben? Keiner wußte es.

Er hielt sie an seinem Herzen, fühlte die wonnige weiche Gestalt in seinem Armen

In süßer Selbstvergessenheit lauschte sie auf seine Worte, die er ihr ins Ohr flüsterte — wie zärtlich und heiß die sonst so herrische Männerstimme klang! Fester schmiegte sie sich in seine Arme, und durstig suchten ihre Lippen seinen Mund. „Alfred — Geliebter —!"

Ach, wie liebte sie den Mann noch! Ueber alle Begriffe! Sie kannte sich selbst nicht wieder, hatte alles vergessen — sie dachte nur an ihn —!

Und er war wie in einem Rausch, daß das so heiß, so leidenschaftlich geliebte Mädchen sich ihm so rückhaltslos gab. Wer das Astrid Vermehren, die Stolze, Hochmütige, die so oft versucht hatte, ihn zu kränken? Ach, er hatte ja längst gefühlt, daß sie sich nur gegen ihn gewehrt!

„So sieht das Glück aus, Alfred —?" Unter Lachen und Weinen nahm sie seinen Kopf und schaute ihm tief in die leuchtenden Augen. Ihre Stimme klang weich und voll wie eine Glocke — „Du — Du bist mein Glück — !"

Er riß sie wild an sich und drückte sein Gesicht in ihr duftendes Haar. „Astrid, Du Geliebte meiner Sehnsucht —"

„Nun hab ich dich bezwungen — dich, den Starken —" ein heimlich Lachen war in ihren Worten.

„Astrid, — du liebst mich —"

„Du fragst noch? Vom ersten Tag, seit ich dich sah — weißt du noch? Da drüben im Walde —! Wie die Sonne schien und die Vöglein sangen —"

„Und Thetis, die silberfüßige, am See saß — ich weiß alles noch — da begann es — ach, du Süße, Süße. Kenntest du meine Sehnsucht noch dir —"

„Ich hab sie gefühlt — sie kam ja der meinen entgegen — und darum — es ist kein Unrecht, Alfred."

„Nein, es ist kein Unrecht! Kann man dem Verschmachtenden wehren, wenn er trinkt — auch aus einem Becher, der ihm nicht gehört?" Und er küßte die wonnigen Augen, den Mund, das stolze Gesicht, das ihm so lange schon die Ruhe geraubt.

Erbebend unter seinen heißen Küssen, flüsterte sie: „Du Lieber, Starker — für immer nun dein!"

Da ließ er sie.

„Astrid — vergissest du —? sagte er schwer.

Ein Schauer flog über ihre Gestalt. „Ach, Alfred, ich hatte es — bei dir — — aber ich werds ihm sagen, daß — —"

„Nein, Astrid, nicht jetzt," er faßte sie fest bei der Hand, „willst du ihm das Herz schwer machen? Sag's ihm, wenn er zurückkommt — dann wollen wir ihm ein ehrliches Bekenntnis ablegen und ihn bitten, daß er dich frei gibt —! Bis dahin aber heißt unsere Liebe: Entsagen, und unsere Losung: Pflicht. An nichts weiter dürfen wir denken! Ich will vor dem anderen nicht die Augen niederschlagen, daß ich ihm das Beste nahm, während —"

„Ach das hast du ja nicht getan! Ich gehörte dir ja schon längst," sie hängte sich an seinen Hals und küßte ihn.

„Ich nahm mir's, weil mich die Erinnerung an dich begleiten soll — jetzt weiß ich, wie süß deine Lippen sind —! Astrid, ich bin auch nur ein Mensch, und darum wird mir verziehen werden, was ich tat — —! Glaub' mir — schwer drückt mich diese Schuld —"

„Ich kann nicht so denken wie du! Gott möge mirs vergeben! Was hast du aus mir gemacht — —! Alfred du lieber Mann —"

Er sah sie lange an.

„Sei stark, Astrid! Und habe Geduld! Wenn du frei sein wirst — — —"

(Fortsetzung folgt.)

Vier Komplexe von Aufgaben, deren Lösung ausschließlich im Interesse der Mittelmächte gelegen ist, werden von fremdem Einfluß auf ihre Entwicklungsfähigkeit befreit. Es sind dies: 1. die Verbindung des Rheins mit der Donau für die Großschiffahrt; 2. der Ausbau des Kanalnetzes für die Flußschiffahrt in Bayern und Oesterreich; 3. Vervollkommnung des Kanalnetzes in Ungarn; 4. der Großschiffahrtsverkehr nach Odessa und nach Batum.

Der Hauptpunkt der Neuorientierung liegt darin, daß für Mitteleuropa die Möglichkeit eines Ersatzes geboten ist, wenn Bagdad definitiv in der Hand der Engländer bleiben und damit der deutsche Plan einer durchgehenden Linie bis an den Persischen Golf zum Scheitern gebracht werden sollte. Wie eine Reuterdepesche aus London meldet, hat der britische Minister des Auswärtigen Lord Cecil öffentlich dargelegt, daß die Rückgabe der Schwarze-Meer-Häfen an die Türkei den europäischen Mittelmächten einen neuen Weg nach dem Osten durch den Kaukasus und durch das nordwestliche Persien eröffnet. Der Wasserstraßenverkehr Mitteleuropas wird also in Zukunft seine Krönung finden in der Ausstrahlung nach Odessa und nach Batum und Trapezund. Durch die vorgezeichnete Entwicklung des Wasserstraßenverkehrs wird der mitteleuropäische Bund, wie er dem Reichstagsabgeordneten Naumann nach seinem Buch „Mitteleuropa" vorschwebt, wirtschaftlich geeint und gestärkt. Er wird von den umgebenden Staaten, die zurzeit mit den mitteleuropäischen Ländern im Kriege leben, unabhängig.

Die Lage in Rußland.

WTB. Petersburg, 21. März. (Reuter). Der Marinekommissar Dybinko wurde verhaftet, weil er nicht die notwendigen Maßnahmen zum Schutze von Narwa getroffen hat. Die Zeitungen teilen mit, daß Joffe zum Kommissar für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden sei. Es wurde eine Verordnung veröffentlicht, der zufolge es dem Kommissar für das Justizwesen erlaubt ist, die gebildeten Klassen zur Mitarbeit bei der Arbeit der Gerichte zu zwingen. — Die Kaiserin soll bei dem Kommissar angefragt haben, ob sie ihren Sohn wegen seines Gesundheitszustandes nicht nach dem Süden bringen dürfe.

);(Berlin, 21. März. Wie der „Berl. Lokalanz." hört, soll sich bei dem Besuche des russischen Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten im Auswärtigen Amte in Berlin gezeigt haben, daß es der feste Wille Rußlands sei, zu einem schnellen Abschluß des deutsch-russischen Friedens zu gelangen. Eine Schwierigkeit, die bis jetzt der Ratifikatoin im Wege stand, scheine bis jetzt zu einem gewissen Grade beseitigt zu sein. Die russische Regierung habe die sofortige Zurückführung der über 600 verschleppten Bewohner Livlands und Esthlands anbefohlen.

Trotzki Kriegsminister.

(!) Berlin, 21. März. („Frankf. Ztg.") Der bisherige Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trotzki, ist zum Kriegsminister ernannt worden.

Verbannung der Familie Romanow.

(!) Stockholm, 21. März. Aus Petersburg wird gemeldet: Trotzkis Ausschuß zur Verteidigung der Revolution forderte alle innerhalb der Kommune Petersburg lebenden Mitglieder der Dynastie Romanow auf, die Stadt innerhalb dreier Tage zu verlassen.

Die Petersburger Entente-Diplomaten.

ATB. Peking, 19. März. Der chinesische Gesandte und der japanische Botschafter in Petersburg sind mit einer Anzahl von Amerikanern, Japanern und Chinesen an der mandschurischen Grenze angekommen. Sie werden unter dem Geleit von Roten Gardisten nach der chinesischen Grenze gebracht.

*

Wilsons russische Politik.

WTB. Moskau, 19. März. (Pet. Tel.-Ag.) Auf eine Anfrage, ob infolge der Ratifizierung des Friedens mit Deutschland durch den Kongreß der Sowjets das amerikanische Konsulat Rußland verlassen werde, gab der Botschafter Franchis folgende Erklärung ab: Ich werde Rußland verlassen, wenn ich durch Gewalt dazu gezwungen werde. Die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk haben zuviel Teilnahme für das Wohlergehen des russischen Volkes, als daß sie Rußland an Deutschland ausliefern würden. Amerika interessiert sich aufrichtig für die Freiheit des russischen Volkes und wird sein Möglichstes tun, um die wahren Interessen des Landes zu schützen. Wenn das tapfere und vaterlandsliebende russische Volk für den Augenblick politische Streitigkeiten beiseite legt und entschlossen und tatkräftig handelt, wird es den Feind aus seinem Gebiet vertreiben und bis Ende 1918 einen dauernden Frieden für sich und die ganze Welt sichern können. Meine Regierung betrachtet noch immer Amerika als den Verbündeten des russischen Volkes und wir sind bereit eine jede Regierung zu unterstützen, die aufrichtig einen kräftigen Widerstand gegen den deutschen Einfall einrichten wird.

Deutschland und die Ukraine.

() Berlin, 21. März. Wie die „B. Z." hört, trifft heute der künftige Vertretr der ukrainischen Volksrepublik im deutschen Reiche, Herr Ssohold, in Berlin ein. Die Leitung der deutschen Vertretung bei der Rada in Kiew hat der frühere Botschafter Freiherr von Mumm, der bereits in Kiew eingetroffen ist.

WTB. Kiew, 18. März. Die kleine Rada hat gestern der Ratifikation des Friedensvertrages zwischen Deutschland und der Ukraine zugestimmt.

Der Stadtkommandant von Kiew.

);(Wien, 21. März. Das Ukrainische Büro meldet aus Lemberg, aus Kiew werde berichtet, daß zum Stadtkommandanten von Kiew der deutsche Oberst von Levinsky ernannt worden sei.

Die Kohlennot in England.

WTB. London, 21. März. Im Unterhaus kündigte Stanley, der Präsident des Handelsamtes, die Zurückziehung einiger Kohlentransportschiffe für das Ende dieses Jahres an und erklärte: Die Eisenbahnen seien nicht im Stande, mehr als die Hälfte der früheren Menge zu befördern, die von diesen Schiffen transportiert werden würde. Es sei dringend erforderlich, den Kohlenverbrauch für die Erzeugung von Elektrizität einzuschränken. Folgende Beschränkungen müßten den 23 Grafschaften Englands auferlegt werden: Keine Speisen dürfen in Gasthöfen, Klubs, Wirtschaftshäusern und Lokalen nach 9.30 Uhr abends gekocht werden; in allen Speiseräumen sei das Licht nach 10 Uhr abends zu löschen; in Theatern und anderen Versammlungsstätten müsse nach 10 Uhr Schluß gemacht werden; der Privatverbrauch von Gas und Elektrizität müsse um fünf Sechstel des Verbrauches in den entsprechenden Quartalen des Vorjahres eingeschränkt werden, die Kraftstation der Straßen- und elektrischen Eisenbahnen müsse reduziert und der Betrieb entsprechend eingeschränkt werden. Der Londoner Plan für die Kohlenrationierung müsse auf das ganze Land ausgedehnt und die Rationen durchweg herabgesetzt werden. Ein besonderer Plan müsse auf Irland Anwendung finden.

Der Raub der holländischen Schiffe.

WTB. Haag, 21. März. Dem Niederländischen Korr.-Büro zufolge kann bestimmt mitgeteilt werden, daß gestern mittag 1 Uhr beim Minister des auswärtigen Amtes noch keine Mitteilung der Alliierten über die Schiffefrage eingetroffen war.

WTB. Washington, 21. März. Marinesekretär Daniels hat mitgeteilt daß der Befehl, die holländischen Schiffe zu übernehmen, gestern abend 7 Uhr in Kraft getreten sei. Ein Teil der holländischen Mannschaften werde auf den Schiffen beschäftigt werden, andere werden, wenn sie es wünschen, in Amerika behalten werden und von der amerikanischen Regierung ihren Lohn ausbezahlt bekommen. Die Seeleute, die nach Holland zurückzukehren wünschen, werden so rasch als möglich dorthin befördert werden.

() London, 21. März. „Daily Mail" erfährt aus Washington: Das Schiffahrtsamt hat befohlen, einen Teil des niederländischen Schiffsraumes zur Versendung von Lebensmitteln zu benutzen. Es hat außerdem angeordnet, daß Weizen in Säcken verpackt in den Kajüten und Kabinen, sowie in jedem nicht benutzten Teile der früheren Passagierdampfer untergebracht werden solle.

WTB. Bern, 20. März. Im Gegensatz zu der Havasmeldung drücken die heutigen französischen Blätter eine lebhafte Verstimmung über die Verhandlungen des holländischen Ministerrates aus. Holland nehme zwar die Bedingungen der Entente an, stelle aber Bedingungen die zum großen Teil vollkommen unannehmbar seien. „Petit Parisien" schreibt: Wenn man die holländischen Schiffe nicht bewaffnen darf, dürften sie nur zu leicht versenkt werden. Wenn Holland auf seinen Standpunkt verharrt, werden die Alliierten zur Wegnahme der Schiffe gezwungen sein. Aehnlich äußern sich die übrigen Zeitungen. Der „Temps" erklärt: Holland wäre unanfechtbar, wenn Deutschland erklären würde, daß es für die Verwertung des holländischen Schiffsraumes für die Alliierten nicht verantwortlich gemacht werden könne. „Matin" sagt: Holland wolle den Alliierten Forderungen aufzwingen, die ungerechtfertigterweise Deutschland begünstigen. Ob Holland wolle oder nicht es wird die Entente nicht hindern können, seine Schiffe zu verwenden.

Die Wasserkräfte des Oberrheins und das Murgwerk vor dem Landtag.

89. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Z. Karlsruhe, 21. März.

Präsident Kopf eröffnete um 3¾ Uhr die Sitzung. Nach Anzeige der Eingänge trat das Haus in die Tagesordnung ein, die Beratung des Staatsvoranschlags für 1918 und 1919 und zwar: Hauptabteilung X:

Murgwerk,

und damit in Verbindung über die einschlägigen weiteren Vorlagen der Gr. Regierung, nämlich die Mitteilungen Gr. Ministeriums des Innern vom 15. November 1917 über den Stand der Bauarbeiten auf 1. Oktober 1917 samt Zusammenstellung und Entzifferung der Gesamtkosten vom 11. März 1918 mit der gemäß Art. 5 und 7 des Murgwerkgesetzes vom 5. Dezember 1912 vorgeschlagenen Ordnung für den Erneuerungsfonds und den Reservefonds nebst einer Berechnung des Jahresbeitrages in den Erneuerungsfonds.

Abg. Rebmann (natl.)

erstattete den Bericht. Zum Voranschlag des Murgwerks führte der Berichterstatter aus: Der Grund, daß die Ausgaben für das nichtetatmäßige Personal größer sind, als für das etatmäßige, liegt darin, daß noch an dem Werke gebaut wird. Die Baukosten nach dem Voranschlag sind um 8,2 Millionen ℳ überschritten worden, durch die Aenderung des Projekts und durch die Teuerung der Materialkosten. Es ist zu befürchten, daß die Steigerung anhält. Die Kommission stellt den Antrag auf Genehmigung des Voranschlages. Die Ausführung der Zweiten Stufe soll alsbald in Angriff genommen werden. Die Eröffnung des Murgwerkes war für September in Aussicht genommen. Sie war nicht möglich, weil die Arbeitskräfte zur Fertigstellung nicht vorhanden waren. Auch die Ernährungsschwierigkeiten im Murgtale sind für die Arbeiter schwierig. Man hofft, daß im September dieses Jahres der Vollbetrieb aufgenommen werden kann. Trotz der großen Schwierigkeiten ist es möglich gewesen, die Arbeiten in befriedigender Weise durchzuführen. Ein Anstand gegen die Vorlage soll nicht erhoben werden.

Ferner liegt eine Drucksache über den Erneuerungsfonds vor. Die Kommission beantragt, daß der Inhalt der Drucksache gebilligt werde.

Daran hat sich eine Aussprache über

die Verwertung der Wasserkräfte am Oberrhein

angeschlossen. Die Gewinnung der Kraft aus dem Oberrhein ist früher gedacht gewesen, als die Angelegenheit der Uferstaaten. Im Laufe des Krieges hat sich aber gezeigt, daß auch das Reich Interesse daran hat. Im Vordergrund steht nun die Aufgabe der Gewinnung eines Entwurfes. Dafür war eine Gesellschaft m. b. G. vorgeschlagen, bestehend aus den Uferstaaten, dem Reich und den Elektrizitätsgesellschaften. Es war geplant, daß die Kosten des Entwurfes von den Gesellschaften aufgebracht werden sollen. Gegen den Plan hat Baden Einspruch erhoben, weil es befürchtete, daß seine Interessen dabei zu kurz kommen. Zuletzt haben neue Verhandlungen in Berlin stattgefunden, die mit einem vollen Erfolg Badens endigten. Zur Ausarbeitung des Projektes sollen aufgebracht werden 500 000 ℳ, davon 200 000 ℳ durch das Reich, durch Baden 80 000 ℳ. Baden hat sich ausbedungen, daß das Projekt ausgearbeitet wird, wenn es dies verlangt. Die Ausarbeitung des Entwurfes soll von der Geschäftsstelle in Karlsruhe erfolgen. Der Arbeitsausschuß hat die Aufgabe, den Arbeitsplan festzustellen, er wird einberufen, wenn der Vertreter des Reiches es verlangt. Daneben soll ein Beirat bestehen, der Vertreter des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft enthalten soll. Das nächste Interesse an der Angelegenheit haben die Anliegerstaaten, Baden und Elsaß-Lothringen, dabei überwiegen die badischen Interessen, weil Baden die größte Rheinstrecke hat. Augenblicklich schweben Verhandlungen zwischen Baden und Elsaß-Lothringen wegen der Geschäftsordnung. Die Schweiz ist ein Anlieger, mit der ebenfalls ein gutes Einvernehmen zu wünschen ist. Zu den Beteiligten gehört auch Bayern, das unter dem jetzigen König ein lebhaftes Interesse an dem Ausbau der Wasserstraßen genommen hat. In der letzten Zeit hat Bayern fördernd mitgearbeitet an der Schiffbarmachung des Oberrheins. Die Wasserkräfte des Oberrheins sind die wertvollsten Wasserkräfte Deutschlands überhaupt. Die Kräfte zwischen Basel und Konstanz sind schon wesentlich verwendet. Die Kommission war aber der Meinung, daß auch dort die Wasserkräfte restlos ausgenützt werden sollen und daß die Wasserkräfte jedem einzelnen Land zugeteilt werden. Das Reich hat bereits anerkannt, daß die badischen Wasserkräfte Baden gehören. Bei einem Elektrizitätsmonopol würden die Wasserkräfte gegen Entgelt an das Reich abgegeben. Die Losung ist Schiffbarmachung und Elektrisierung, nicht das eine oder das andere. Das kann nicht durch Regulierung, sondern nur durch Kanalisierung erfolgen. Dem Herrn Staatsminister ist der Dank auszusprechen dafür, wie er das Interesse des Landes vertreten hat. Bei seinem Vorgehen kann er sich auf die Zustimmung der Volksvertretung berufen. Ueber

die Verwertung der Wasserkräfte

schlägt die Kommission Ihnen folgende Entschließung vor:

Die Haltung der Großh. Regierung in den bisherigen Verhandlungen mit dem Reich und den Anliegerstaaten wird gebilligt.

Die Großh. Regierung wolle alle Mittel anwenden, um den einheitlichen Ausbau des Oberrheins von Straßburg bis Konstanz als Kraftquelle und Großschiffahrtsweg mit Beschleunigung zur Durchführung zu bringen.

Die Kräfte, welche auf den badischen Staat entfallen, sind von diesem für sich in Anspruch zu nehmen und zu verwerten.

Der Betrieb der auf den badischen Staat entfallenden Werke ist ebenso Sache des Staates wie der Vertrieb der gewonnenen Kraft. Das letztere kann der Staat auch durch Gesellschaften bewerkstelligen, die ganz mit staatlichem oder kommunalem Kapital finanziert sind.

Nachdem die Großh. Regierung erklärt hat, daß die endgültige Festlegung der Bedingungen für die Benützung des Staatseigentums durch die Mittelbadische Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft, Aktiengesellschaft in Karlsruhe, sowie eine endgültige Vereinbarung über den Bezug und die Verteilung des Murgstroms noch nicht vorliegen, ist die Kammer der Meinung, daß die Murgwasserkräfte durch den Staat oder solche Gesellschaften verwertet werden sollen, die ausschließlich mit staatlichen und kommunalen Mitteln finanziert sind; sie ersucht deshalb die Großh. Regierung, davon abzusehen, mit der zu gründenden Mittelbadischen Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft, Aktiengesellschaft in Karlsruhe, einen Vertrag über den Vertrieb der Elektrizität des Murgwerks abzuschließen."

Wenn die Kosten der Werke getilgt sind, wird der Staat einen großen Besitz schuldenfrei in der Hand haben. Man hat Bedenken erhoben wegen der bürokratischen Verwaltung. Das ist nichts neues. Beim Murgwerk hat man ähnliche Bedenken gehabt. Die staatlichen Techniker haben das Murgwerk zu unserer vollen Befriedigung erbaut, sie werden es auch befriedigend verwalten. Eine weitere Befürchtung besteht wegen des Monopols der Privatgesellschaften. Diese Gefahr ist in den letzten Jahren noch größer geworden, namentlich auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung. Aus diesen Erwägungen schlagen wir Ihnen die Annahme der Entschließung vor. Im Anschlusse daran haben wir noch verhandelt über

die Verwertung der Murgkräfte.

Teilhaber der Mittelbadischen Elektrizitätsgesellschaft, die die Verwertung besorgen soll, sind die Städte Karlsruhe, Rastatt und Bruchsal, die Rheinischen Schuckert-Werke und Brown, Boveri u. Co. Die Gesellschaft hat eine Erhöhung ihrer Zuschüsse und eine Verzinsung ihres Kapitals um 6 Proz. gefordert. Dazu kommt noch die Erhöhung des Preises für den Murgstrom. Der Gesellschaft sind nun verschiedene Zugeständnisse gemacht worden, die in verschiedenen Verträgen ihren Ausdruck erhalten. Von 1 zu 10 Jahren soll eine Revision der Tarife erfolgen. Bei den Abschlüssen der Verträge sollten aber die Interessen der selbständigen großen und kleinen Elektrizitätsgesellschaften gewahrt werden. Die Frage, ob das private Kapital sich am Murgwerke beteiligen soll, ist von der Regierung mit ja beantwortet worden. Die Regierung erklärte, sie habe sich bei ihrem Vorgehen streng an das Murggesetz gehalten. Das ist richtig, in dem Murggesetz sind private Gesellschaften zugelassen. Damals haben wir die Befürchtung gehabt, daß wir den Strom nicht unterbringen. Diese Befürchtung brauchen wir heute nicht mehr zu haben, heute wissen wir, daß wir erst am Anfang der Verwertung von elektrischer Energie stehen. Die Verhältnisse haben eben sich seit 1912 von Grund aus verschoben und wir sollten jetzt wieder zum Grundgedanken des Murgwerkes in seiner Reinheit zurückkehren: Das Murgwerk soll gemeinnützig sein.

Die Regierung hat nun geglaubt, eine Gesellschaft zwischen das Murgwerk und die Verbraucher einzuschieben,

die Mittelbadische Elektrizitätsgesellschaft.

Zu der Gesellschaft, so wurde gesagt, sei man gedrängt worden, weil die Städte die Elektrizität nicht selbst vergeben wollten. Das ist wahrscheinlich im Jahre 1912 gewesen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert und Städte, wie Pforzheim und Heidelberg, die früher glaubten, ohne das Murgwerk auskommen zu können, beziehen jetzt auch Strom aus dem Murgwerke. Bei den gemischtwirtschaftlichen Betrieben sind zwei Faktoren verkoppelt, die nicht zusammengehören, die Städte, die gemeinnützig sind, und die Gesellschaften, die kapitalistische Interessen vertreten und von denen man befürchten muß, daß sie ein Installationsmonopol anstreben. Der Staat sollte die Verteilung der Elektrizität selbst besorgen und dazu sich die tüchtigsten Leute heraussuchen. Die Privatgesellschaften sollen aber nicht gänzlich ausgeschaltet werden — denn die Blüte unserer Industrie ist der Tüchtigkeit der Männer zu verdanken, die an ihrer Spitze stehen —, aber ich möchte sie nicht als Gesellschafter, sondern als Unternehmer sehen. Der Staat darf, kann und soll die Erzeugung und Verwertung der Elektrizität übernehmen. Für unsere Enkel haben wir im Murgwerke ein großes Gut geschaffen. Notwendig ist freilich dazu ein Vertrauen in die Zukunft. Ich habe dies Vertrauen und dieses Vertrauen hat sich mir während dieses Krieges bestärkt. Wir haben hinter der Front unser Volk gesehen in härtester Arbeit. Draußen führen unsere Männer ein Leben, das gefüllt ist mit deutscher Arbeit. Und wenn man die Befürchtung haben konnte, daß die Männer drauße im Felde der Arbeit entwöhnt werden könnten, so war diese Befürchtung nicht begründet. Diese Männer werden wieder weiter arbeiten, wenn sie zurückkommen. Darauf setze ich mein Vertrauen und ich habe die Zuversicht, daß das Murgwerk und die Wasserkräfte des Oberrheins uns dann reichen Segen bringen werden. (Beifall.)

Staatsminister Freiherr von Bodman:

Ich danke dem Berichterstatter für seinen eingehenden Bericht. Er hat seine Anerkennung ausgesprochen für die Beamten und Arbeiter an dem Murgwerk. Ich kann mich dieser Anerkennung anschließen. Der Berichterstatter ist nun eingetreten in die Erörterung über die Kommissionsverhandlungen, soweit es sich um die Mittelbadische Elektrizitätsgesellschaft handelt. Er hat aber anerkannt, daß sich die Regierung bei der Mittelbadischen Elektrizitätsgesellschaft vollständig auf dem Boden des Gesetzes gestellt hat. Es fragt sich nun, ob es sich empfiehlt, die Verhandlungen mit der Mittelbadischen Elektrizitätsgesellschaft abzubrechen und, was dann die Folge davon ist. Dann müßte der Staat mit Hilfe der Gemeinden die Verteilung übernehmen. Dagegen sprechen die Tatsachen, daß dann die Erfahrungen nicht ausgenützt werden, die die Privatgesellschaften mit ihrem Personal gesammelt haben und daß es nicht wünschenswert ist, mit dem Privatkapital in Konkurrenz zu treten. Daneben würde sich auch die finanzielle Grundlage ändern. Sie verlangen nun die Durchführung kaufmännischer Gesichtspunkte bei der Verwaltung des Murgwerks. Ich glaube aber, wenn wir es tun würden, würden Sie mit Ihrer Kritik einsetzen. Bei der Entschließung muß ich mir freie Hand vorbehalten. Hier handelt es sich auch darum, die Stellung zur Entschließung der Ersten Kammer zu vernehmen. Die Regierung wird das tun. Der Berichterstatter hat sich mit der Schiffbarmachung des Oberrheins befaßt und dabei der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, ich danke ihm dafür. Einmütigkeit besteht noch nicht vollständig zwischen Baden und Elsaß-Lothringen. Bei gutem Willen ist aber eine Einigung möglich, bei Baden aber besteht dieser Wille. Wahrscheinlich wird noch an diesen Landtag mit einer Vorlage für die Kosten für die Vorbereitungsarbeiten herangetreten werden. Mit der Schweiz die den größeren Wert auf die Schiffbarmachung legt, wird sich eine Vereinbarung ermöglichen lassen. Ich glaube die Schweiz wird sich davon überzeugen, daß die Vorteile, die sich für sie ergeben, wenn sie durch eine Schiffahrtsstraße an die Nordsee angeschlossen wird, doch ganz gewaltig sind und daß sie dann dem Staat, der ihr dies ermöglicht, auch die Vorteile der Kanalisierung zukommen läßt. Daß dem Staat die Kräfte gehören, die gewonnen werden, ist zweifellos. Ob der Staat sie auch zu dem Verbraucher hin vertreibt, ist eine Frage von so großer Bedeutung, daß ich mich heute nicht festlegen kann. Die Frage wie der Neckar kanalisiert werden muß, muß neu geprüft werden, weil wir anscheinend auf Schiffahrtsabgaben nicht mehr zu rechnen haben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abg. Weißhaupt (Ztr.)

erklärte namens der Zentrumsfraktion, daß diese für die Etatstitel und für die Entschließung der Kommission stimmen werde.

Abg. Göhring (natl.):

Im Namen meiner Freunde möchte ich erklären, daß wir dem Voranschlage zustimmen. Wir stehen auf dem Boden des Abg. Dietrich, den er auf dem letzten Landtag entwickelt hat und auf dem Boden der Ausführungen unseres Fraktionschefs Rebmann. Ich möchte hier noch einmal betonen, daß es uns fern gelegen hat, der Verwaltungsbehörde in ihr Recht, Verträge abzuschließen, hineinzureden, aber wir glaubten, daß wir unserer Sorge Ausdruck geben mußten über das Emporwachsen der Elektrizitätskonzerne. Einen Gegensatz gegen die Regierung wollen wir nicht konstruieren, aber die Macht der großen Elektrizitätskonzerne wollen wir nicht weiterfördern. Durch den Abschluß der geplanten Verträge können Verhältnisse geschaffen werden, die die Bewegungsfreiheit des Staates hindern. Dies lehnen wir ab, im Hinblick auf die Zukunft. Unsere Pflichten gegenüber dem Heimatlande gebieten uns, dafür zu sorgen, daß auch die Interessen der kleinen Gemeinden gewahrt werden und daß auch die selbständigen Installateure und die kleinen Elektrizitätsindustrien erhalten werden. Die Gefahr der Reduktion der Kohlenpreise ist nicht so groß, als es der Staatsminister geäußert hat. Wir müssen auch Front machen gegen die Vertrustung unserer Industrie, die uns droht. Allen, die tapfer an dem Murgwerke gearbeitet haben, den Beamten, Technikern und Arbeitern, aber auch dem Staatsminister, möchte ich unseren Dank aussprechen. Den Entschließungen stimmen wir vorbehaltlos zu. Wir hoffen, daß in diesem Hause dieselbe Einstimmigkeit für die Resolutionen erzielt wird, wie in der Kommission. So gut der Staat die Frage der Eisenbahnen gelöst hat, wird er auch diese Frage lösen können. (Beifall.)

Abgg. Stockinger (Soz.), Hummel (F. V.) und Hertel (R. V.) erklärten, daß ihre Fraktionen für den Etat und die Entschließung der Kommission stimmen werden.

Abg. **Geck** (Unabh. Soz.) verlangte die Sozialisierung der Großbetriebe.

Geh. Oberbaurat **Kupferschmidt** behandelte technische Fragen von der Rheinregulierung von Basel bis Straßburg.

Abg. **Rebmann** (natl.) gedachte als Berichterstatter in seinem Schlußworte der Männer, die die Gedanken vertreten haben, die sich jetzt Bahn brechen: Klingel-Säckingen und der verstorbene Oberbürgermeister Dr. Winterer-Freiburg und Landtagsabgeordneter Dr. Oblirchen.

Darauf wurde der Voranschlag des Murgwerks und die Entschließungen der Kommission einstimmig angenommen.

Abg. **Rebmann** (natl.) erstattete für die Budgetkommission Bericht über den Gesetzentwurf,

die Festellung des Staatshaushaltsetat für die Jahre 1918 und 1919.

Namens der Kommission stellte der Berichterstatter den Antrag: Die Zweite Kammer wolle zu dem Gesetzentwurf, wie er ihr mit dem Entwurf des Staatsvoranschlags vorgelegt worden ist, die Zustimmung erteilen.

Abg. **Geck** (Unabh. Soz.) erklärte, daß er gegen das Budget stimmen werde, da die Unabhängigen Sozialdemokraten in Baden beim Vereinsgesetz eine Ausnahmestellung einnahmen.

Das Staatshaushaltsgesetz wurde mit allen Stimmen gegen die des Abg. Geck angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Das Haus vertagte sich bis zum 9. April. Tagesordnung: Aenderung des Kirchengesetzes.

Der Präsident schloß mit dem Wunsche angenehmer Ferien an die Mitglieder des Hauses gegen 8 Uhr die Sitzung.

* * *

Aus der Schulkommission der Zweiten Kammer.

WTB. Karlsruhe, 21. März. In der heutigen Sitzung der Schulkommission wurde über die Stellung des Religionsunterrichtes im Lehrplan der Fortbildungsschule beraten. Der Berichterstater gab zunächst einen Ueberblick über die diesbezüglichen Verhältnisse in den anderen Bundesstaaten und erörterte dann eingehend die Gründe die für die Einführung des Religionsunterrichtes sprechen, und die Bedenken, die dagegen vorgebracht wurden. In der an das Referat sich anschließenden Aussprache wurden die Schwierigkeiten, die mit der Einführung verbunden sind, von allen Seiten anerkannt, gleichzeitig aber auch zum Ausdruck gebracht, daß dieselben sich nicht als unüberwindlich darstellen. Die endgültige Stellungnahme der Fraktionen wird bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes erfolgen.

Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Die Berliner Nationalliberale Korrespondenz, das offizielle Organ der Gesamtpartei veröffentlichte vor kurzem eine Note über den „Völkerbund für Freiheit und Vaterland", die auch wir in Nr. 122 der „Bad. Landeszeitung" unter Quellenangabe zum Abdruck brachten. Die Notiz knüpfte an die Rednerliste an, die der Volksbund für eine Reihe von Berliner Vorträgen aufgestellt hat. Da die Liste nur politisch und sozialpolitisch ganz einseitig nach links gerichteter Redner enthielt, so stellte die nationalliberale Korrespondenz die Frage, ob diese einseitige Zusammenstellung maßgebend sein solle für die Zusammensetzung und die Ziele des Volksbundes überhaupt. In diesem Falle müsse man feststellen, daß der Volksbund keine Vereinigung im Kampfe für Freiheit und Vaterland, sondern eine Sammelstelle von demokratisch und sozialdemokratisch gerichteten Politikern sei.

Wegen dieser Bemerkung ist der Schriftleitung der „Bad. Landeszeitung" nun die folgende von zwei Professoren der Karlsruher Technischen Hochschule unterzeichnete Zuschrift zugegangen:

Die in Nr. 122 dieses Blattes wiedergegebene „Nationalliberale Korrespondenz", als sei obiger Volksbund nur die einseitige Sammelstelle für demokratische und sozialdemokratische Kreise, kann nicht unwidersprochen bleiben. In der Leitung des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" finden sich u. a. folgende Persönlichkeiten: Geh. Kirchenrat Prof. Dr. Troeltsch, die Geh. Hofräte Prof. Dr. Fr. Meinecke, Prof. Dr. Onken, Prof. Dr. Anschütz, also Namen, die auch in Baden guten Klang haben, ferner Männer wie Bürgermeister Dr. Schwander von Straßburg, die bekannten konservativen Politiker Dr. Thimme und Dr. Delbrück, der ehemalige Staatsminister v. Berlepsch, der bekannte katholische Philosoph Max Scheler, Dr. Müller, Vorsitzender des Verbandes katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands, H. Vogelsang, Vorsitzender des Gewerkvereines christlicher Bergarbeiter, F. Wieber, Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes u. a. Wenn daneben auch demokratische und sozialdemokratische Kreise stark vertreten sind, so ist das bei der heute von anderer Seite drohenden Gefahr für die Eintracht und für das Vertrauen zwischen Volk, Reichstag und Regierung nur dringend erwünscht. Im Volksbund ist eben zur Erhaltung derselben die Mitarbeit aller Kreise und Parteien für Freiheit und Vaterland erwünscht und, wie man aus den obigen Namen in Verbindung mit den von der „Nationalliberalen Korrespondenz" erwähnten ersieht, auch vorhanden.

Dazu bemerkt die Nationalliberale Korrespondenz, der wir die Zuschrift zugesandt hatten, folgendes: Die Einwendung, die von den Professoren der Karlsruher Technischen Hochschule gegen diese Notiz erhoben wird, stützt sich darauf, daß in der Leitung des Volksbundes eine ganze Anzahl von angesehenen und keineswegs politisch einseitig ausgewählten Männern sitzen. Diese Beweisführung trifft die von uns geübte Kritik nicht. Es mag ja richtig sein, wie in jener Einwendung hervorgehoben wird, daß man ein anderes Bild erhält, wenn man die Namen der Vorstandsmitglieder in Verbindung mit der Berliner Rednerliste ins Auge faßt. Es wäre aber doch, wenn man einen falschen Eindruck vermeiden wollte, viel richtiger, die Redner einer Vortragsreihe so auszuwählen, daß sie sämtliche im Vorstand enthaltenen Richtungen widerspiegeln. Läßt man aber in der Oeffentlichkeit nur eine bestimmte Richtung einseitig zu Worte kommen, so wird dadurch der Glaube erweckt, daß es dem Volksbund eben um diese Richtung in erster Linie zu tun ist. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir unsere Kritik als gerechtfertigt aufrechterhalten.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

WTB. Berlin, 21. März. Im Hauptausschuß des Reichstages gab bei der Beratung der Petitionen von Beamten der Berichterstatter Meyer-Herford namens sämtlicher Fraktionen folgende Erklärung ab: Wir erkennen an, daß die Neuregelung der laufenden Kriegssteuerzulagen, wie sie am 1. April 1918 in Kraft treten soll, eine Erleichtrung der wirtschaftlichen Bedrängnis der mittleren und unteren Beamten herbeiführt. Wir hegen aber die Ueberzeugung, daß die geplanten Erhöhungen nicht ausreichen, um die durch die unaufhörliche Teuerung entstandene schwierige wirtschaftliche Lage der unteren mittleren und höheren Beamten zu beseitigen. Auch gegen das für die Scheidung der Orte in besonders teuere und weniger teuere Orte gewählte System haben wir große Bedenken. Wir bedauern deshalb, daß die verbündeten Regierungen den einmütigen Vorschlag der Parteien des Reichstages nicht beigetreten sind. Die Petitionen wurden sämtlich als Material überwiesen. Bei der weiteren Aussprache über den Friedensvertrag mit Rußland schnitt Abg. Naumann (f. Vp.) die armenische Frage an. Die Aussprache hierüber war vertraulich.

WTB. Berlin, 21. März. Der Hauptausschuß des Reichstages genehmigte gestern nach längerer Aussprache den Friedensvertrag mit Rußland, sodann den Schiffahrtsvertrag des Schlußprotokolls und nahm zu den deutsch-russischen Zusatzvertrag einen neuen Antrag der Parteien an, bei dem weiteren Verhandlungen mit der großrussischen Republik auf eine Sicherung der bestehenden, durch das langjährliche Zahlungsverbot entwertete, deutschen Forderungen durch Uebernahme einer Ausfallbürgschaft hinzuwirken gegen Zusicherung der Gegenseitigkeit seitens des deutschen Reiches.

WTB. Berlin, 21. März. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm bei der Beratung des deutsch-russischen Zusatzvertrages eine gemeinsame Entschließung an, wonach beim Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-russischen Friedensvertrag eine Uebereinstimmung zwischen den Vertragschließenden darüber herbeizuführen ist, daß Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung einem Schiedsgericht unterbreitet werden und daß in die künftigen Friedensverträge die Schiedsgerichtsklausel aufgenommen werde. Der finnische Freundschaftsvertrag wurde genehmigt.

Ein sozialdemokratischer Antrag beim Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der sozialen Versicherung zwischen den vertragsschließenden Staaten herbeigeführt werden solle, wurde einstimmig angenommen.

Eine konservative Entschließung, bei den künftigen Friedensverträgen die Zahlung von Kriegsentschädigungen auszubedingen, um die Mittel zur Fürsorge für die heimkehrenden Krieger für eine ausreichende Ausgestaltung des Rentenwesens für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, sowie den Ersatz wirtschaftlicher Schäden zu schaffen, wurde nach kurzer Aussprache mit dem Vorbehalte, die Entschließung in anderer Fassung in der Vollversammlung wieder einzubringen, wieder zurückgezogen.

Damit waren die Verhandlungen des Hauptausschusses vor der Osterpause erledigt. Nächste Sitzung am 16. April: Marineetat.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 22. März 1918.

= **Todesfälle.** Im Alter von 69 Jahren ist hier Malermeister Georg Haberstroh, ein in weitesten Kreisen bekannter Geschäftsmann gestorben. — Im Alter von 39 Jahren ist Kunstmaler Dr. Leopold Durm, Oberarzt d. L. II., ein Sohn des Geheimen Rats Durm hier, einem schweren Leiden, das er sich im Felde zugezogen, erlegen.

= **Großh. Konservatorium für Musik.** Das Vorspiel der Vorbereitungsklassen am Mittwoch den 20. März hatte folgendes Programm: 1. a) Präludium, b) Tarantella von St. Heller (Hans Müller); 2. Sonate G-dur 1. Satz von W. A. Mozart (Erna von Müller); 3. Rondo für 2 Klaviere von C. Gurlitt (Irma Sandel und Elfriede Börner); 4. Gavotte für Violine von J. S. Bach (Maxima Schrempp); 5. Romanze und Scherzo von Fr. Zureich (Ernst Weiß); 6. Gavotte von H. Hofmann (Adolf Kekt); 7. a) Schifflein auf dem See, b) Tänzchen im Freien von Th. Kullack (Elfe Laue); 8. Sonate, 4händig, von A. Diabelli (Hilde Paulus und Lieba Rößler); 9. Klavierstück, 4händig, von N. v. Wilm (Mathilde und Else Wagner); 10. Etüde Des-dur und Morgengruß von A. Jensen (Gertrud Schwarzmann); 11. Melodische Stücke Nr. 1 für 2 Klaviere von C. Gurlitt (Dora Himmelheber und Werner Hirsch); 12. Zwei Albumblätter von N. W. Gade (Hedwig Reinert); 13. a) Tröstung Nr. 3 Des-dur von Fr. Liszt, b) Die Jagd on J. Rheinberger (Erna Sieferer); 14. a) Trommlerzug, b) Vesperglocke, c) Tanz auf der Tenne von E. Parlow (Walter Stern). Am Donnerstag den 21. März, abends 6½ Uhr, findet ein Vorspiel der Ausbildungsklassen statt.

Letzte Drahtberichte.

Pour le Mérite.

WTB. **Berlin**, 21. März. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Ordens pour le Mérite an den Major Brinckmann.

Vertagung des preußischen Abgeordnetenhauses.

WTB. **Berlin**, 21. März. Das preußische Abgeordnetenhaus hat sich heute bis zum 23. April vertagt.

Die Entente und der Ostfriede.

WTB. Berlin, 21. März. (Nicht amtlich). Ueber die Entente und den Ostfrieden bemerkt die „Nordd. Allgem. Ztg.": In der neuen Expektoration des englischen Ministers des Auswärtigen wird wieder einmal mitgeteilt, daß die Entente den von uns mit dem Osten geschlossenen Friedensvertrag nicht anzuerkennen beabsichtige. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß eine derartige Anerkennung, die weder frommt noch notwendig ist, für uns vollkommen gleichgültig ist.

Die revolutionäre Stimmung in Irland.

WTB. Bern, 21. März. Nach einer Blättermeldung betonte John Dillon bei einer Versammlung in Enniskillen, daß nach Wilsons Erklärung kein Volksbund dauerhaft sein könne, solange Ungerechtigkeit in der Welt herrsche. Die englischen Staatsmänner dürfen nichts von dem Staatenbund reden und diesen Krieg zur Verteidigung der kleinen Nationen zu führen behaupten, ehe sie nicht Irland seine Freiheit zurückgeben. Bei der darauffolgenden öffentlichen Versammlung führte Dillon nach einem Nachruf auf den verstorbenen Parteiführer Redmond über die irländische Konvention aus, daß sie keine berufene Körperschaft zur Ausführung des Selbstbestimmungsrechtes sei, sondern nur zur Lösung der Ulsterfrage durch Uebereinkunft. Das Ergebnis der Konvention wird in wenigen Tagen bekannt gegeben werden. Wenn unglücklicherweise kein Ausweg gefunden wird, so trifft die Schuld einen gewissen Teil der Konventionsmitglieder. Irland stehe am Vorabend eines der folgenschwersten Kämpfe seiner tragischen Geschichte. Er appelliere an die Sinnfeiner, sich mit den gemäßigten Landsleuten zu verbinden und geschlossen zu vollenden, was jetzt zu erreichen sei. Er rufe das Volk auf, zur Nationalistenpartei zu stehen, die schon so viel für Irland getan habe.

Das neue rumänische Ministerium.

WTB. Bukarest, 21. März. Das Jassyer Regierungsorgan „Monitoriul Officiel" hat folgende Ministerliste veröffentlicht: Marghiloman Ministerpräsident, und Inneres, Konstantin Arion Aeußeres, General Harjeu Krieg, Mohedeuti Unterricht, Saulsen Finanzen, Dobrescu Justiz, Meißner Handel und Industrie. Die Minister für Domänen und für öffentliche Arbeiten sind noch nicht ernannt. Marghiloman wird voraussichtlich heute nach Bukarest zurückkehren.

Die spanische Ministerkrisis.

WTB. Madrid, 20. März. Zum Präsidenten der Kammer wurde Villanueva mit 218 Stimmen gewählt. Die Republikaner, Reformisten und die Regionalisten enthielten sich der Abstimmung. Nach der Wahl des Vizepräsidenten und der Schriftführer hielt Villanueva eine Rede, worin er die Einigkeit empfahl. Garcia Prieto kündigte die Demission des Kabinetts an. Nach Schluß der Sitzung verließ Garcia Prieto das Kammergebäude, um dem König das Entlassungsgesuch zu überreichen. Man glaubt, daß die Krisis schwer zu lösen sei.

(Herr Villanueva ist einer der entschiedensten Anhänger der strikten Neutralität. D. Red.)

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

14. März: Franz, V. Alois Neidinger, Chorsänger. — 15. März: Hubertus Berthold Bernhard, V. Hubert Schweizer, Bausekretär. — 16. März: Gertrud Elfriede, V. Artur Vollmair, Gesangs-Pädagoge; Kurt Walter Christian, V. Karl Weschler, Wagenführer; Albert Johann, V. Felix Billing, Schlosser. — 17. März: Gustav Adolf und Günther Ludwig, Zwillinge, V. Gustav Recke, Schlosser; Anna Elisabeth, V. Joseph Mohr, Fabrikarbeiter; August Friedrich, V. August Brunner, Scheiner. — 18. März: Adolf Georg, V. Georg Jost, Steinschleifer. — 19. März: Mathilde Anna, V. Karl Roth, Schlosser.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gott, dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Gatten, unsern herzensguten Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder und Onkel

Herrn

Georg Haberstroh

Dekorationsmaler

im 69. Lebensjahre nach längerem Leiden heute mittag 4 Uhr, versehen mit den hl. Sakramenten, durch einen sanften Tod in die Ewigkeit abzurufen!

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Amalie Haberstroh

geb. Eckert.

Karlsruhe, den 21. März 1918.
Amalienstr. 28. 1357

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. März 1918, vormittags 11½ Uhr, statt.

Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Jagd

In allen Fragen des edlen Weidwerks u. der Kynologie ist die älteste deutsche und bedeutendste und größte süddeutsche Jagdzeitschrift „Der deutsche Jäger" (München) ein unentbehrlicher Ratgeber, Verbandsorgan der wichtigsten Jagdvereinigungen u. kynolog. Vereine. Sie abonnieren bei jedem Postamt (Postzeitungsliste Nr. 377) für M. 1.— monatlich, M. 3.— vierteljährig oder für Kreuzbandbezug (M. 4.— für das Vierteljahr) direkt durch den Verlag J. F. Weyer, G. m. b. H. München 2 N.W., Kaulbachstraße 9. Probenummer 45 Pfg., franco. Vorzügliches Insertionsorgan. 1271

Greif Institut Detektiv

Schlossplatz 8, part.

E. Geugelin, früh. Polizeibeamter besorgt überall Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen etc. Durchaus routiniert. Telef. 1252. 102

Zu verkaufen:

Wegen Todesfall ein 1334

Bienen-Wanderwagen

mit zirka 40 deutschen Bienenvölkern.

Frau Oberlehrer Gerathewohl Wwe.

Brombach bei Lörrach.

Am 17. März 1918 fiel in siegreichem Sturmangriff der

Leutnant

Walter Schmidt

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse

im blühenden Alter von 20 Jahren.

Der liebe, junge Kamerad, der sich durch sein sonniges Wesen unser aller Herzen erobert hat, wird von uns nicht vergessen werden.

Sein hervorragender Pflichteifer und seine vorbildliche Tapferkeit sichern ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte des Bataillons.

Im Namen der Angehörigen eines Pionier-Bataillons:

von der Heyden,
Hauptmann und Bataillonskommandeur.

1858

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7, Absatz 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Zur Ausführung von landwirtschaftlichen Arbeiten im Bereich der Kriegsamtsstelle werden Arbeitskräfte jeder Art dringend benötigt. Mit dem 4. Kriegsjahr sind die Schwierigkeiten, den Bedarf an Arbeitskräften zu decken, gewachsen. **Infolge des Friedens mit Rußland wird die große Anzahl der Gefangenen,** die vorwiegend in der Landwirtschaft tätig waren, **in absehbarer Zeit in die Heimat entlassen** werden. **Die Beschaffung ausreichender Arbeitskräfte für die Landwirtschaft ist aber von ausschlaggebender Bedeutung** für die restlose Ausnützung des heimischen Bodens, durch die allein die **Ernährung des Frontheeres und des Heimatheeres sicher gestellt werden kann.** Insbesondere sind **Frauen und Mädchen** erwünscht, die vermöge ihrer Herkunft vom Lande oder früherer Beschäftigung in land-, garten- oder forstwirtschaftlichen Betrieben schon einige Kenntnisse in landwirtschaftlichen Arbeiten haben.

Die Vergütung erfolgt nach ortsüblichen Sätzen. **Gute Verpflegung ist gewährleistet.**

Alle, die gewillt und geeignet sind, in der Landwirtschaft mitzuarbeiten, werden hiermit zur freiwilligen Meldung aufgefordert.

Meldungen werden von heute ab bis auf Weiteres bei den **Hilfsdienstmeldestellen,** bei den **Ortspolizeibehörden** und dem Arbeitsnachweis der **Landwirtschaftskammer in Karlsruhe** entgegengenommen.

Da angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit die Inangriffnahme der landwirtschaftlichen Arbeiten keine Verzögerung duldet, ist es erforderlich, daß alle geeigneten Bewerber sich ungesäumt zu den genannten Meldestellen begeben.

Karlsruhe, den 15. März 1918. 10

Kriegsamtsstelle Karlsruhe.

S. WEINHEIMER

Damenputzgeschäft

Herrenstraße 13

beehrt sich den Eingang von

Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten

ergebenst anzuzeigen.

Unentgeltliche

Geld- u. Paketüberweisung

an kriegs- und zivilgefangene Deutsche

besorgt der 1137

Badische Landesverein vom Roten Kreuz

Abteilung: Auskunftsstelle über Verwundete und Vermißte für den Bezirk Karlsruhe.

Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, **Kronenstr. 24.**

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

E. G. m. b. H.

Wir machen darauf aufmerksam, daß unsere

General-Versammlung

Freitag, den 22. März ds. Js.
abends ½8 Uhr

beginnt, da die Polizeidirektion unser Ersuchen um Verlängerung der Polizeistunde über 10 Uhr hinaus abgelehnt hat.

Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe, E. G. m. b. H.

1354

In Vertretung:
Hennemann, Geh. Postrat a. D.

Wer einen wahrhaft deutschen Frieden wünscht, der trete der Deutschen Vaterlandspartei bei.

Beitrag mindestens 1 Mark. Meldung bei Geh. Rat **Boesser,** Sofienstraße 178 oder **Buchhandlung** von **Kundt, Linck, Metzler Müller & Gräff.** 128

Ausbildung sozialer Hilfskräfte.

Der Badische Frauenverein bietet jungen Frauen und Mädchen Gelegenheit zur Ausbildung für sozialen Hilfsdienst. Der erste dreimonatliche Kurs beginnt Anfang April. Lehrgegenstände: Deutsch, Organisation, der Behörden, Armenpflege, Jugendfürsorge, Kriegsfürsorge, soziale Versicherung, Gesundheitswesen, Ernährung und Hauswirtschaft, zusammen etwa 12 Wochenstunden. Voraussetzung der Teilnahme sind: Mindestalter von 20 Jahren, gute Schulbildung, körperliche Gesundheit und geistige Regsamkeit. Aufnahmegesuche mit Zeugnissen und Lebenslauf sind längstens bis 30. März, Gartenstraße 49/51, einzureichen. Satzung und Auskunft ebendaselbst.

Der Vorstand. 1334

Kaffee Odeon.

Erstes u. größtes Familien-Kaffee der Residenz.

650 Sitzplätze.

1316

Nachmittagstee.
:: Eigene :: Konditorei.
Tonkünstler-Konzerte.
Billardakademie.
Herm. Borchers
früh. Besitzer vom Kaffee Museum.

Soeben erschien:

Ansprache

Seiner Großh. Hoheit des

Prinzen Maximilian von Baden

in der

öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer

am 14. Dezember 1917.

Preis 25 Pfg.

Die Rede des Prinzen Max, die seinerzeit so viel Beachtung und Widerhall in allen Zeitungen fand, erscheint, durch die große Nachfrage veranlaßt, als Sonderdruck aus den Landtagsberichten im **Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei** hier. Prinz Max gibt einen klaren Ueberblick über die gegenwärtige Lage und über die Anfänge und Ursachen des Krieges und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen. Es ist also hiermit weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben, sich dieser warmen, ehrlichen Worte des Prinzen Max zu erfreuen, und es ist zu wünschen, daß seine bemerkenswerte Rede in recht viele Hände kommen möge.

Zu beziehen auch von der

Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung",
Karlsruhe, Hirschstraße 9
(bei unseren Trägerinnen erhältlich).

Beeteinfriedigungsgeländer

aus verzinktem Eisen, über dem Boden 30 cm hoch, reich gegliedert und gut erhalten, hat abzugeben K 10

Städt. Gartenamt, Karlsruhe i. B.

Abgängige Tiere

aller Art **kauft** K 1

Städt. Gartenamt Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Freitag, den 22. März 1918, A 46 (rote Karten)

Der schwarze Domino.

Anfang 7 Uhr. Ende nach ½10 Uhr.

Städt. Arbeitsamt

Gesucht werden

Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen z. Anlernen
sowie
Stundenfrauen
für häusliche Arbeiten
für sofort oder später

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, II. Stock.

Die Städt. Brockensammlung
Baumeisterstr. 32
— Hinterhaus —
nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel rc. entgegen. C 1

Kunstmaler
HEILIG
Originale
werden zu **kaufen gesucht** von 1337
Fz. Otto Schwarz
— Kunsthandlung —
Kaiserstrasse 225.

Entwickeln

von Platten und Films, Anfertigen von Copieen, Vergrößerungen, Reproduktionen rc., übernimmt bei tadelloser Ausführung 1095

J. Lösch, Photog.-Handlung
Herrenstr. 35. Mitglied d. N.-S. B.

Eisen- und Stahlwaren, Hausstand-Küchengeräte etc.
kauft **F. Piepenbrink,** Hamburg, Gneisenaustr. 804

Leichte Anleit. z. Anbau. Verarb. u. Beizen der
Tabakpflanze
z. Rauchtabak. Pr. 70 Pfg. Samen. Prise 1 M., Doppelpr. 1.50 M. 1203
„G" Verlag, Rösrath (Rhld.).

Für sofort oder 1. April **suchen** wir einen
tüchtigen Techniker
für das Heizungsfach u. allgemeinen Maschinenbau. Kriegsbeschädigte nicht ausgeschlossen. Gefl. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten
Metallwerke B. Rudolph & Co.
— G. m. b. H. —
Emaillier-, Schweiß- u. Stanzwerke
Allstedt S.-W. 1346

Straßen- u. Fabrik-
Besen

ca. 8 cm. breit und 30 cm. lang
Postpakete, 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt p. Nachnahme Stück **4.80 Mk.** exkl.
Verpackung unfrankiert, bei Dutzendabnahme franko incl. Verpackung. 8004
Besen- u. Bürsten-Industrie
Celle i. H. 350 Arbeiter.
Vertreter und Händler
überall gesucht.

Bündelholz

für Wiederverkäufer hat fortwährend abzugeben. 1345

Ludwig Braun
Holzhandlung und Bündelholzfabrik
— Lagerplatz und Sägewerk —
Schlachthofstraße 13.
Telephon 5222.